



Newsletter aus dem Sachsen-Verbindungsbüro Brüssel

Ausgabe vom 19. Juli 2017 - Sächsische Staatsregierung

EU-Politik

Finanzen

EU-Wirtschafts- und Finanzminister beschließen konkrete Maßnahmen zur mittelfristigen Verringerung fauler Kredite..... 3

Gesundheit

Europaparlament drängt Europäische Kommission langfristig angelegte Programme zu entwickeln..... 4

Justiz

Änderung der Verordnung zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen..... 5

Kultur

Europäische Kommission legt Vorschlag für eine Verordnung über die Einfuhr von Kulturgütern vor..... 6

Regionalpolitik

Hochrangige Gruppe zur Vereinfachung der Kohäsionspolitik legt Empfehlungen für die Kohäsionspolitik nach 2020 vor..... 7

Termine

Rat..... 8

Kommission..... 9

Ausschreibungen

Übersetzer (m/w) für die deutsche, französische, italienische und niederländische Sprache..... 10

Kooperationsbörse

Creative Europe..... 11

EU-Wirtschafts- und Finanzminister beschließen konkrete Maßnahmen zur mittelfristigen Verringerung fauler Kredite

(JB) Auf ihrer Tagung am 11.07.2017 haben die **EU-Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin-Rat)** **Schlussfolgerungen** über die weitere Vorgehensweise zum Abbau notleidender Kredite in der Bankenunion angenommen.

Statt mit einer europäischen »Bad Bank« wollen die Minister durch viele Einzelmaßnahmen im Rahmen eines »Aktionsplans« versuchen, den riesigen Berg an notleidenden Krediten mittelfristig in den Griff zu bekommen. Einige der sich ergänzenden politischen Maßnahmen auf nationaler und gegebenenfalls auf europäischer Ebene stellen sich wie folgt dar:

- Umsetzung eines Leitfadens bis Ende 2018 für weniger bedeutende Institute in der Bankenunion durch die Bankenaufsicht der EZB, gemeinsam mit den zuständigen nationalen Behörden, ähnlich dem Leitfaden, der vom einheitlichen Aufsichtsmechanismus für bedeutende Institute herausgegeben wurde;
- Erarbeitung allgemeiner Leitlinien bis zum Sommer 2018 zur Handhabung notleidender Kredite durch die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA)
- Erarbeitung detaillierter Leitlinien bis Sommer 2018 für die Kreditwürdigkeitsprüfung, die Überwachung und die interne Führung der Banken durch die EBA, die insb. auf Aspekte wie die Transparenz und die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer eingehen könnten
- Umsetzung verstärkter Offenlegungspflichten bis Ende 2018 durch die EBA, in Abstimmung mit der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde und den zuständigen Behörden in Bezug auf die Qualität der Vermögenswerte und auf notleidende Kredite für alle Banken
- Erarbeitung von Leitlinien bis Ende 2017 durch die EBA für Banken zur Überwachung von Kreditakten mit einer Vorgabe hinsichtlich des Minimums an Detailinformationen, die Banken bezüglich ihrer Kreditrisiken im Anlagebuch festhalten müssen
- Vorlage von Initiativen zur Stärkung der Dateninfrastruktur mit einheitlichen und standardisierten Daten für notleidende Kredite bis Ende 2017 durch EBA, EZB und Kommission und Prüfung der Einführung von Transaktionsplattformen für notleidende Kredite
- Entwicklung einer »Blaupause« bis Ende 2017 durch die Kommission, in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Organen und Einrichtungen und unter Berücksichtigung der bisherigen erfolgreichen Erfahrungen auf nationaler Ebene für die mögliche Einrichtung nationaler Vermögensverwaltungsgesellschaften, die gemeinsame Grundsätze für die betreffenden Vermögens- und Teilnahmeparameter, Schwellenwerte für den Umfang der Vermögenswerte, Regeln für die Bewertung von Vermögenswerten, entsprechende Kapitalstrukturen und Aspekte bezüglich der Leitung und des Betriebs sowohl auf öffentlicher als auch auf privater Ebene vorgibt; es sollte auch präzisiert werden, wie Entlastungsmaßnahmen zur Rettung von Vermögenswerten und die Verwendung dieser Vermögensverwaltungsgesellschaften im Einklang mit dem Rechtsrahmen der EU, darunter Richtlinie 2014/59/EU (Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten) und Verordnung (EU) Nr. 806/2014 (einheitlicher Abwicklungsmechanismus) und den Vorschriften über staatliche Beihilfen, aussehen dürfen.

Es bleibt nun abzuwarten, wie rasch und effizient die geplanten Maßnahmen umgesetzt werden können und tatsächlich zu einer Risikoverringung im EU-Bankensystem führen.

Europaparlament drängt Europäische Kommission langfristig angelegte Programme zu entwickeln

(GH) Das Europaparlament sieht ein EU-weites einheitliches Programm zur Überwachung von Infektionen als erforderlich, um einen Ausbruch von Virushepatitis, Tuberkulose und HIV/AIDS zeitnah zu erkennen, Tendenzen beim Aufkommen der Krankheiten zu bewerten, Schätzungen zur Belastung durch die Krankheit bereitzustellen und die Diagnose, Behandlung und Betreuung in Echtzeit zu verfolgen. Die Abgeordneten nahmen im Plenum eine EntschlieÙung an, wonach Kommission und Mitgliedstaaten den Zugang zu innovativen Behandlungsformen auch für die gefährdetsten Bevölkerungsgruppen erleichtern und die gesellschaftliche Stigmatisierung bekämpfen sollen.

Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, HIV-Tests kostenlos zur Verfügung zu stellen, um eine frühe Entdeckung zu gewährleisten. Nach Ansicht der EP-Abgeordneten ist Tuberkulose (TB), die nach wie vor die häufigste Todesursache bei HIV-Infizierten ist, in einer globalisierten Welt, in der die Mobilität der Bevölkerung zunimmt, zu einer ernstzunehmenden grenzüberschreitenden Gefahr geworden. So sei die Zahl der Personen, die an TB erkrankt sind, in der EU im Jahr 2014 das dritte Jahr in Folge gestiegen. Deshalb sei es wichtig, zunehmende Resistenzen gegen antimikrobielle Wirkstoffe zu bekämpfen und gemeinsame grenzübergreifende Maßnahmen zur Vorbeugung auf EU-Ebene einzuleiten.

Für Hepatitis C, bei der mehr als 90 % der Patienten nach der Ansteckung keine Symptome aufweisen, gäbe es in den Mitgliedstaaten bisher kein einheitliches Verfahren zur Erkennung. Daher resultiere möglicherweise eine hohe Dunkelziffer bei der Zahl der betroffenen Menschen. Die EU-Kommission solle einen Plan in die Wege leiten, um die Erkennungs-, Test-, und Behandlungsprotokolle zu harmonisieren und Hepatitis C in der EU bis 2030 zu beseitigen.

Weiterführende Informationen finden Sie in der [Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#).

Änderung der Verordnung zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen

(SD) Seit dem 14.07.2017 gelten die durch die Änderungsverordnung (EU) 2015/2421 vom 15.12.2015 in Kraft getretenen Vorschriften, mit denen die [Verordnung \(EG\) Nr. 861/2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen](#) revidiert wurde. EU-Justizkommissarin Vera Jourová erklärte dazu: »Dank dieses einfachen und schnellen Streitbelegungsverfahrens können Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch kleine und mittlere Unternehmen, jetzt ohne Bedenken in anderen europäischen Ländern einkaufen. Bei Problemen oder Ausbleiben der Lieferung dürfen die Käufer bei Waren bis zu einem Wert von 5000 Euro in Zukunft mit einer schnellen Erstattung rechnen.«

Seit der Einführung des Verfahrens für geringfügige Forderungen im Jahre 2007 hat sich die durchschnittliche Verfahrensdauer vor Gericht bereits von 2,5 Jahren auf 5 Monate verringert. Durch die revidierten Vorschriften soll das Verfahren noch breitere Anwendung finden. So sollen künftig Forderungen bis zu 5.000 Euro (bisher 2.000 Euro) eingeklagt werden können. Daneben sollen - soweit die technische Ausstattung von Gerichten es zulässt - Online-Anträge, Video-Konferenzen in mündlichen Verhandlungen sowie elektronische Zustellungen möglich sein und dadurch unnötige Reisekosten vermieden werden. Außerdem dürfen die in einem Mitgliedstaat für das europäische Verfahren für geringfügige Forderungen erhobenen Gerichtsgebühren nicht unverhältnismäßig hoch sein und die Gerichtsgebühren, die für nationale vereinfachte Verfahren erhoben werden, nicht überschreiten.

(Quelle: [Pressemitteilung](#) der EU-Kommission vom 14.07.2017)

Europäische Kommission legt Vorschlag für eine Verordnung über die Einfuhr von Kulturgütern vor

(WK) Die Europäische Kommission hat am 13.07.2017 einen **Vorschlag** für neue Regeln vorgelegt, um den illegalen Handel mit Kulturgütern und deren illegale Einfuhr in die EU zu unterbinden, da diese häufig mit Terrorismusfinanzierung und anderen Formen der Kriminalität zusammenhängen. Der Vorschlag ist ein abschließender Schritt zur Verwirklichung des **Aktionsplans für eine intensiveres Vorgehen gegen Terrorismusfinanzierung** der Kommission. Er soll diesen Handel vollständig zum Erliegen bringen, da nun keine illegal aus dem Ursprungsland exportierten Kulturgüter in die EU mehr eingeführt werden können. Der Vorschlag erfolgt nur wenige Tage nachdem die Staatengemeinschaft auf dem G20-Gipfel in Hamburg dazu aufgerufen wurde, gegen Terrorismusfinanzierung und damit auch gegen Erbeutung und Schmuggel von Antiquitäten vorzugehen.

Derzeit gelten Verbote von Seiten der EU für Waren aus Irak und Syrien, es besteht jedoch kein allgemeiner EU-Rechtsrahmen für die Einfuhr von Kulturgütern. Skrupellose Exporteure und Importeure können die aktuellen Regeln ausnutzen und mit den erzielten Gewinnen illegale Tätigkeiten wie Terrorismus finanzieren.

(Quelle: Europäische Kommission)

Hochrangige Gruppe zur Vereinfachung der Kohäsionspolitik legt Empfehlungen für die Kohäsionspolitik nach 2020 vor

(JB) Am 11.07.2017 veröffentlichte die Europäische Kommission die **Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe zur Vereinfachung der Kohäsionspolitik nach 2020**. Danach ist der derzeitige Rechtsrahmen zwar gut strukturiert, muss aber entrümpelt werden. Die geteilte Mittelverwaltung sollte beibehalten werden, da sie gegenseitiges Vertrauen schafft und dafür sorgt, dass alle Beteiligten die im Bereich Wachstum und Arbeitsplätze verfolgten Ziele mittragen. Die Vorschläge dazu, welche Regelungen ganz abgeschafft oder radikal vereinfacht werden können, sehen wie folgt aus:

- In Bezug auf staatliche Beihilfen, öffentliche Aufträge und Methoden der Kostenerstattung sollten die Rechtsvorschriften für die verschiedenen EU-Fonds und -Instrumente harmonisiert werden, damit Synergieeffekte erzielt und Antragsteller in die Lage versetzt werden können, für dasselbe Projekt EU-Mittel aus unterschiedlichen Quellen zu beantragen. Wenn beispielsweise für die Kohäsionspolitik und den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFIS) dieselben Vorschriften gelten würden, könnten kleine Unternehmen leichter Hilfen beantragen.
- Ein noch einfacherer Rahmen sollte allen Mitgliedstaaten und Regionen zur Verfügung stehen, die eine Reihe von Kriterien erfüllen, nämlich zuverlässige Verwaltungs- und Kontrollsysteme, umfangreiche nationale Kofinanzierung als Motivation zur sinnvollen Verwendung der Mittel sowie Ermittlung wichtiger durchzuführender Strukturreformen und Konzentration auf einige vorrangige Gebiete, damit dort entsprechende Ergebnisse erzielt werden können.
- Die Gruppe regt an, die Regelungen auf EU-Ebene in diesem Fall auf strategische Investitionsprioritäten und Grundsätze für die Verwendung der Mittel zu beschränken. Bei der Auszahlung der EU-Mittel kämen die vorhandenen nationalen Verwaltungsverfahren zur Anwendung und die Kommission würde keine umfangreichen Prüfungen durchführen. Die Mitgliedstaaten und die Kommission würden sich darüber einigen, welche Strukturreformen durchgeführt werden müssen und welche konkreten Ergebnisse zu einer Kostenerstattung führen.

Außerdem hat Haushaltskommissar Oettinger **drei Berichte** zur Ausführung des EU-Haushaltsplans für 2016 vorgelegt. Daraus geht u. a. hervor, dass einfachere EU-Rechtsvorschriften den lokalen Behörden, Landwirten und Unternehmen die effektive und korrekte Nutzung der EU-Mittel erleichtern.

Hintergrund:

Die Europäische Kommission hat die hochrangige Gruppe im Jahr 2015 mit dem Auftrag eingesetzt, mit Blick sowohl auf die Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 (MFR), als auch in Bezug auf den Haushaltsrahmen für die Zeit nach 2020 Möglichkeiten der Vereinfachung unnötig komplizierter Rechtsvorschriften im Bereich der Kohäsionspolitik aufzuzeigen. Der Vorsitzende der hochrangigen Gruppe, Siim Kallas, war früher als Vizepräsident der Europäischen Kommission für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung sowie Verkehr zuständig.

(Quelle: Europäische Kommission)

Termine

Rat

Wann

24.-25.07.2017

Was

Informelle Tagung der Minister für Wettbewerbsfähigkeit am 24. und 25.07.2017 in Tallinn

Weitere Informationen finden Sie auf den [Internetseiten des Rates der Europäischen Union](#) sowie der [estnischen Ratspräsidentschaft](#).

Termine

Kommission

Wann**26.07.2017****Was****Wöchentliche Kommissionssitzung**

Weitere Informationen und eine detaillierte Agenda können vorab auf der [Internetseite der Europäischen Kommission](#) abgerufen werden.

Kommission

Wann**25.09.2017****Was****Konferenz über die Zukunft der EU-Finzen**

Um die Debatte über die im Reflexionspapier »Die Zukunft der EU-Finzen« aufgeworfenen Fragen in Gang zu halten und zu intensivieren, findet am 25.09.2017 (10:00-17:30 Uhr) die jährliche Konferenz zum Thema »Ergebnisorientierter EU-Haushalt« statt.

Veranstaltungsort:

Europäische Kommission

Charlemagne-Gebäude

Raum: Gasperi

Rue de la Loi 170

1000 Brüssel

Übersetzer (m/w) für die deutsche, französische, italienische und niederländische Sprache

Weitere Informationen finden Sie im [Amtsblatt der Europäischen Union](#).

Dear colleagues

Please find attached a partner search from Cartwheel Arts (UK), an art organisations promoting social inclusion, cohesion and diversity.

They are looking for similar organisations to join a Creative Europe Small Cooperation proposal to be submitted at the next call (to be announce after summer).

Please find attached further information about Cartwheel Arts and the project. I would be grateful if you could circulate to your contacts.

Any expression of interest should be addressed to Gala Pujol Freixer Development Manager, Tel 01706 361300, email: gala@cartwheelarts.org.uk.

Thank you

María González

International Funding

Greater Manchester Combined Authority

Tel: +44 (0)7973 876587

Email: maria.gonzalez@greatermanchester-ca.gov.uk

Partner Search- Cartwheel Arts, UK

Dynamic Circuit Network (DCN)- Creative Europe

Greater Manchester (UK) based Cartwheel Arts promotes social inclusion, cohesion, diversity and regeneration through community participation in vibrant, innovative, high-quality arts projects.

We use a wide range of media to initiate, and respond to, project opportunities in the municipalities of Rochdale, Oldham, Bury, Wigan and North Manchester, as well as promoting the development of the arts and examples of good practice across the North West of England.

Cartwheel has over 30 years' experience of promoting imaginative, and often challenging arts projects - we do not shy from confronting difficult or sensitive issues. Our focus is on participation, enabling people who may have had little experience of the arts to explore and develop their creativity and talents, generating a sense of ownership and pride.

All of our projects and arts development work must contribute to one or more of our strategic outcomes which are:

- More Cohesive Communities
- Improved Health and Wellbeing
- Greater skills and employability
- More Involved and Engaged Young People

Project Information

Funder: Creative Europe (call expected in autumn 2017)

Programme: Cooperation projects

Category: Small Cooperation Projects

Length of the project: 3 years

Project Title - DCN Dynamic Circuit Network

The objectives of the project are:

- To support the capacity of the European cultural and creative sectors to operate transnationally and internationally.
- To promote the circulation of cultural and creative works and the mobility of cultural and creative players, in particular of artists, transnationally.
- To improve access to European cultural and creative works and extend their reach to new and larger audiences.
- In addition, it contributes to innovation and creativity in the field of culture.

DCN will be a new network of 4 periphery based organisations across a minimum of 4 different countries in EU. The network will: link 4 participatory community arts organisations, create and share a new evaluation framework for community and wellbeing art, commission 4 new artworks from local artists working with local communities, train artists and art professionals on new evaluation processes, showcase work internationally and develop a European devolution map.

The project aims at:

- Promoting the decentralization of art production and exhibition.
- Encouraging creative cross cultural dialogue, building on skills and confidence through workshops, residencies and training.
- Creating a new evaluation framework for community and wellbeing art projects and data sharing and mapping.
- Building new platforms for intercultural creative dialogue from a local to an international level.
- Creating an Open Source Data Sharing online platform to map Creative Communities and Wellbeing activities and organisations across EU and sharing outcomes.

Activities:

- 4 commissions from 4 artists in 4 different countries. Artworks need to
- 2 Open Calls -
- 4 residencies- artists from 4 different countries will go to work in another of the network's countries.
- 4 talks/panels- During each residency all 4 partners will meet. Each partner will put on a small public event around the theme of Community Development and Empowerment through creativity and the arts and the development of the new Open Data Mapping Provision on Creativity, Communities and Wellbeing.
- Showcase/tour in 8 countries- An exhibition on Community Development and Empowerment artworks developed through the residencies will be showcased across EU.
- Website: Open Data- mapping provision in EU for creative communities projects and organisations as part of a Creative Active Social and Innovative Movement (CASIMo) or Social Artistic Movement (SAM)
- The website will be an open source to share information on community projects, activities, opportunities as well as outcomes, beneficiaries, etc.
- Training will be provided to partners, artists and professionals to
- Be able to submit data.
- Deliver framework based artist lead workshop
- Use new evaluation framework
- Online exhibition- part of the each project will have a digital element that will be showing permanently online as part of the online open Data platform
- Digital Communities Network and Open Data Summit- At the end of the 3 year project a Summit will be held to examine the experience, outcomes, share outputs, discuss research, trends, funding support, successful Creative Community Empowerment projects, etc. 2 days of activity designed and shared by partners around Data Sharing for Community Development.

Contact:

Gala Pujol Freixer Development Manager

110ManchesterSt, Heywood, OL10 1DW, 01706 361300

gala@cartwheelarts.org.uk